

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 70 (1976)
Heft: 12

Artikel: Transkei - umstrittene Unabhängigkeit
Autor: Kremos, Helen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142608>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Standpunkt, den er einnimmt. Wichtig ist, was er t u t: sich für eine gerechte Verteilung einsetzen, mithelfen eine brüderliche, auf Gerechtigkeit beruhende Gesellschaft zu schaffen, menschliche und sachliche Wahrheiten zu sehen, wie sie sind und wie Gott es will; sich bewußt werden, daß das Evangelium in erster Linie Widerstand leistet gegen das Böse; am Kampf der Armen teilnehmen.

Die Tradition der Kirche ist es, auf der Seite der Macht zu stehen. Als Beispiel erwähnt Casalis, daß 1926, als in Vietnam eine protestantische Kirche gegründet wurde, die Aufnahme in sie davon abhängig gemacht wurde, ob einer mit der Regierung einig gehe. Wer gegen die Regierung war, konnte nicht in die Kirche aufgenommen werden. Das Evangelium kann nicht gepredigt werden, wenn das Handeln ihm nicht gemäß ist. Es fordert die Befreiung des Menschen. Wenn ich nicht hier für eine neue Welt arbeite, kommt sie überhaupt nicht. Es ist die Revolution, die das Reich Gottes ankündigt. In Zeiten der Unterdrückung ist Versöhnung nicht möglich. Hoffen bedeutet nicht, die Gegenwart zu vergessen. Wir dürfen niemand aufgeben, auch den Unterdrückter und den Reichen nicht. Die Befreiung der Armen und der Reichen (Befreiung von ihrer Macht) führt zum Reich Gottes. So konnte Martin Luther King sagen: «Ich kämpfe für die weißen Amerikaner.»

Wir sind solidarisch verantwortlich für die Botschaft der Kirche. Es ist eine Frage der Glaubhaftigkeit der Christen. Die erste Lehre, die wir aus dem Evangelium ziehen müssen, ist unsere Teilnahme an den Klassenkämpfen: das Evangelium kann in diesen Kämpfen nur auf Seiten der Unterdrückten sein.

Berthe Wicke

Transkei — umstrittene Unabhängigkeit

Am 17. September dieses Jahres wurde die T r a n s k e i, das größte der zehn «Heimatländer» (Homelands, Bantustans) der Schwarzafrikaner in Südafrika offiziell unabhängig. Am 26. Oktober ist der «Unabhängigkeitstag» in Umtata, der Hauptstadt der Transkei, gefeiert worden. Damit ist die von der weißen Minderheitsregierung Südafrikas seit Jahren verfolgte Politik der «Getrennten Entwicklung» von Erfolg gekrönt worden. Pretoria hat mit einem äußerst aufwendigen Propagandafeldzug diesen «Unabhängigkeitstag» angepriesen und das vor allem, um andere Regierungen zur völkerrechtlichen Anerkennung dieses neugeschaffenen schwarzen Staates zu bewegen. Die begehrte internationale A n e r k e n n u n g ist jedoch a u s g e b l i e b e n. Außer dem

südafrikanischen Staatspräsidenten Diederichs und dem Chefminister eines kleinen Bantustans ist kein Vertreter einer ausländischen Regierung zur Feier der Unabhängigkeit erschienen.

Erfreulicherweise hat der schweizerische Bundesrat am 27. September offiziell erklärt, er werde die Transkei nicht anerkennen. Seine Ablehnung begründet er unter anderem wie folgt: «Es scheint, daß Südafrika zum Beispiel der Transkei vorschreiben will, welchen Umfang die Staatszugehörigkeit zu diesem neuen Land zu beinhalten habe. Gemäß der Regierung in Pretoria sollen alle im Gebiet der Republik Südafrika wohnenden oder arbeitenden Personen, die aus der Transkei stammen, automatisch zu Staatsangehörigen der Transkei deklariert werden, ohne daß ihnen irgendein Optionsrecht eingeräumt würde. Als Folge dieser einseitigen Verfügung werden alle betroffenen Personen zu Ausländern in Südafrika.»

Die UNO hat in den vergangenen Jahren in verschiedenen Resolutionen der Vollversammlung die Schaffung der «Heimatländer» durch die rassistische Minderheitsregierung Südafrikas eindeutig verurteilt. Sie bezeichnet die «Getrennte Entwicklung», diesen Eckpfeiler zur Aufrechterhaltung des Apartheidsystems, als «Betrug, als Vergewaltigung der Grundsätze der Selbstbestimmung.» Kürzlich erklärte UNO-Generalsekretär Waldheim in New York, die internationale Gemeinschaft werde die Transkei oder andere «Homelands» niemals als eigenständige politische Einheiten anerkennen.

Bis anhin haben von den 3,3 Millionen Xhosa, den Stammesangehörigen der Transkei, rund 1,6 Millionen als billigste Arbeitskräfte im weißen Gebiet, in der Industrie, in der Landwirtschaft, im Dienstleistungssektor größtenteils ein Leben unter dem Existenzminimum geführt. Durch die raffinierte, das gesamte Leben umfassende Apartheidgesetzgebung waren sie der Willkür der Weißen Regierung ausgeliefert.

Aufgrund der neuesten Verfügung der südafrikanischen Regierung sind jetzt alle im weißen Gebiet ansässigen Xhosa (viele seit Generationen) staatenlos und können jederzeit kurzerhand in die Transkei «abgeschoben» werden. Gemäß der bekannten weißen Regierungspraxis wird diese Ausweisung in erster Linie die nicht (oder nicht mehr) arbeitsfähigen Personen und die «subversiven Elemente», das heißt alle, die den weißen Frieden stören, treffen. Aus Umfragen bei der Xhosa-Bevölkerung geht hervor, daß die meisten Befragten erklärten, sie wollen das transkeianische Staatsbürgerrecht nicht annehmen, wenn sie dadurch ihr südafrikanisches Bürgerrecht aufgeben müßten. Falls die Unabhängigkeitspolitik in allen vorgesehenen «Heimatländern» zur Durchführung käme, rechnet man mit neun Millionen Staatenlosen.

Die wirtschaftlich nicht lebensfähige Transkei (nur 19 Prozent

der Bevölkerung finden eine bezahlte Beschäftigung) ist keineswegs imstande, die staatenlosen Rückwanderer aufzunehmen. Der Regierungschef der Transkei, Kaiser (Vorname) Matanzima, weigert sich daher den «Ausländer-Xhosa» das Bürgerrecht der Transkei zu geben. Er erklärt: «Nur diejenigen, die in der Transkei leben oder dort Familienangehörige haben, werden von der Regierung der Transkei als Bürger anerkannt. Was soll nun mit den 1,6 Millionen staatenlosen Xhosa, die im weißen Gebiet ohne jeglichen Rechtsanspruch leben, werden? Diese zugespitzt verworrene Situation entstand durch die vorschnelle Akzeptierung der Unabhängigkeit der Transkei-Regierung, ohne Volksbefragung. Die Verlautbarungen der Regierungsstimmen der Transkei — von der Matanzima jetzt als einer Pluralistischen Demokratie spricht — Volk und Regierung seien einer Meinung, entbehren jeder Glaubwürdigkeit. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Xhosa-Volk diese sogenannte Unabhängigkeit verworfen hätte. Es handelt sich, wie ein Zeitungskorrespondent seinen Bericht über die Vorgänge betitelt, um eine «Unabhängigkeit der Häuptlinge».

Es hat seine Gründe, daß die Vorster-Regierung gerade die Transkei, das größte, am wenigsten zerstückelte schwarze Gebiet, mit der größten ethnischen Gruppe, den Xhosa, als erstes unabhängiges «Heimatland» ausgewählt hat. Offensichtlich gelang es der Weißen Regierung dank großzügiger Gegenleistungen (Land, Häuser, einträgliche Posten) eine Reihe schwarzer Stammeshäuptlinge für ihre Homeland-Politik zu gewinnen. Schon in den fünfziger Jahren hat Pretoria gezielte Vorkehrungen zur Verwirklichung seiner Bantustan-Politik — beschönigend «Getrennte Entwicklung» genannt — getroffen. Zu diesen Maßnahmen zählen: das Bantu-Behörden-Gesetz, 1951; das Gesetz zur Führung der Bantu-Selbstregierung, 1959; das Bantu-Law-Amendment, das die weißen Städte von den Schwarzen «reinigen» sollte, die man aufgrund komplizierter Regelungen wieder in die Reservate zurückschicken kann.

Raumeshalber kann hier nur in Kürze hingewiesen werden auf die Komplizenschaft zwischen Pretoria und den Stammeshäuptlingen und die durch brutalste Polizeigewalt niedergeschlagenen Bauernrevolten in verschiedenen Reservaten. Der Widerstand der Bauern erreichte seinen Höhepunkt im Pondoland der Transkei anfangs 1960. Die Bauern besetzten und hielten ganz Pondoland während einigen Monaten unter Kontrolle. Die Bantu-Behörde und die regierungsfreundlichen Häuptlinge mußten sich außerhalb des Reservats in Sicherheit bringen. Unter ihnen befand sich der heutige Chefminister Matanzima. Diese spontane und daher nicht gut organisierte Revolte wurde von der Weißen Regierung durch Hubschrauber, Gasbomben, Einschließen des Gebiets durch Militär gewaltsam niedergeschlagen.

Unmittelbar darauf wurde die Notstandsproklamation 400 erlassen, die immer noch in Kraft ist. Sie erlaubt Verhaftung von Personen auf unbestimmte Zeit, Verbot an Versammlungen teilzunehmen, Verbannung vom Wohnort in andere Landesteile. In der Folgezeit fanden manipulierte Wahlen für Abgeordnete des Landesparlaments (innere Selbstverwaltung) statt. M a t a n z i m a wurde nach dem Willen der Weißen Regierung zum Ministerpräsidenten der Transkei gewählt. In einer Verlautbarung im Oktober 1964 erklärte er: «Die Bevölkerung der Transkei akzeptiert die Politik der 'Getrennten Entwicklung'. Wir haben darum gebeten, denn es ist der einzige realistische Weg zur Verwirklichung der Gleichberechtigung aller Bevölkerungsgruppen in Südafrika. Ich bin davon überzeugt, daß die Widersacher dieser Politik bald von der politischen Bühne verschwinden werden, da die Welle der Zustimmung für die 'Getrennte Entwicklung' stark ist.»

Matanzima ist bis heute der Befürworter der «Separaten Entwicklung» geblieben, was ihn aber nicht daran gehindert hat, zusammen mit andern Bantustan-Führern die Apartheid-Politik scharf anzugreifen und immer wieder Forderungen an Pretoria zu stellen: territoriale Erweiterung, bessere Lebensbedingungen für die Schwarze städtische Bevölkerung, Aufhebung des Paßgesetzes und so weiter. Es ist diesem gewiegten, politischen Taktiker gelungen, sich mit andern Homelandführern, Gegnern der «Getrennten Entwicklung», wie Zulu-führer Buthelezi nicht zu verfeinden.

Im November 1973 fand in der Transkei, in Umtata, eine Gipfelkonferenz von schwarzen Führern statt, auf welcher beschlossen wurde, daß kein Bantustan um Unabhängigkeit nachsuchen dürfe, ohne daß nicht gewisse jahrelang gestellte Forderungen, die stets von Pretoria abgelehnt wurden, voll erfüllt würden und daß nach der Unabhängigkeit und Selbständigkeit die schwarzen Gebiete langfristig zu einer Föderation von Staaten zusammenzuschließen seien. Die Heimatland-Führer kamen überein, sich gegenseitig zu konsultieren, bevor irgendeiner von ihnen in Pretoria um Unabhängigkeit nachsuche.

Matanzima hat sich nicht an das Abkommen gehalten. Ohne sich mit seinen Vertragspartnern zu besprechen, stellte er schon zu Beginn des Jahres 1974 an die Zentralregierung in Pretoria den Antrag, die Transkei innerhalb der nächsten fünf Jahre in die Unabhängigkeit zu entlassen. Dieser Alleingang wurde von den Homeland-Politikern als V e r r a t bezeichnet. Durch die Absplitterung des größten und wichtigsten Bantulandes hat er die geplante gemeinsame Durchsetzung der legitimen Rechte der Schwarzen in Südafrika verhindert; ohne Bantuländer wäre dem Apartheidsystem die Basis entzogen. Pretorias erprobte Herrschaftsstrategie: Teile und herrsche (divide et impera),

bleibt weiter bestehen. Die Weiße Regierung hat mit dem Präzedenzfall Transkei (vorläufig) bewiesen, daß die Politik der «Getrennten Entwicklung» funktioniert.

Der bekannte englische Südafrikakenner Colin Legum schreibt im Observer (24. Oktober 1976), es sei schwierig zu sehen, wie der begonnene Prozeß der Balkanisierung (Zersplitterung in Einzelstaaten) aufzuhalten oder rückgängig zu machen sei, auch wenn dieses riskante Unternehmen in einem totalen Fiasko ausmünden sollte. Er hält es durchaus für möglich, daß die Unabhängigkeit der Transkei zu einem verstärkten Rassenkonflikt in Südafrika führen wird.

Man kann gespannt sein, wie der wendige, zwischen Weiß und Schwarz lavierende Chefminister Matanzima es schaffen wird, sich nach seinem Absprung einzupendeln in den unaufhaltsamen revolutionären Vormarsch der Schwarzafrikaner im südlichen Afrika (Sieg der Frelimo in Moçambique, der MPLA in Angola, und Rhodesien!) Matanzima wird zweifelsohne wie bis anhin seine Machtstellung ausnützen, um nach Gutdünken, unter Zuhilfenahme der oben erwähnten «Proklamation 400» politische Rivalen, unbequeme «subversive» Personen und potentielle Gegner auszuschalten. Wie aber wird er zurechtkommen mit den Gegnern der «Separaten Entwicklung» außerhalb der Transkei, wie etwa mit der OAU (Organisation für afrikanische Einheit) und den Befreiungsbewegungen?

Colin Legum berichtet in seinem Artikel von jungen schwarzen Nationalisten der Transkei (among them Matanzima's closest lieutenants), die Anhänger der seit 1961 in Südafrika verbotenen und brutal verfolgten Untergrundbewegung Pan African Congress (PAC) sind. Diese junge politische Avantgarde hat allem Anschein nach auch aus taktischen Gründen für die Unabhängigkeit der Transkei optiert, um den Kampf gegen das Apartheidsystem und für die schwarze Befreiung außer Schußweite der südafrikanischen Polizei führen zu können. Schon zwei Tage nach den Unabhängigkeitsfeiern der Transkei hat sich Premierminister Matanzima auf deutlichen Kollisionskurs zu Südafrika begeben; er hat das Verbot gegen die beiden in Südafrika als «prokommunistisch» erklärten Untergrundbewegungen Pan African Congress (PAC) und African National Congress (ANC) für sein Territorium aufgehoben. Diese «eigenmächtige» Schaffung von Stützpunkten für den Befreiungskampf hat in der südafrikanischen Öffentlichkeit erhebliches Aufsehen erregt. Ein Vertreter der Regierung erklärte, es sei beunruhigend, daß die Transkei schon zu Beginn der Unabhängigkeit bereit sei, die Anwesenheit von Organisationen zu dulden, deren erklärtes Ziel es sei, die bestehende Ordnung in Südafrika auf revolutionäre Weise zu beseitigen.

Der Sonderkorrespondent des Christian Science Monitor, Hum-

phrey Tyler, berichtet aus Kapstadt (15. November 1976) von einer wachsenden Beunruhigung und Angst in der weißen Bevölkerung, insbesondere in der Provinz Transvaal, wo sich die Weißen, aufgeschreckt durch die Aufstände in den schwarzen Vorstädten (Soweto) auf noch nie dagewesene Weise mit Waffen eindecken. Eine «runaway mentality» breite sich aus.

Die Aufhebung des Verbots gegen den ANC und PAC verrät, daß Matanzima nicht (mehr) die Rolle einer «Marionettenfigur» Pretorias zu spielen gedenkt. Er ist in seiner langen, bewegten politischen Karriere vielerorts öfters mit der Etikette «Handlanger» der Weißen Regierung versehen worden. Daß der schwarze Befreiungskampf Auswirkungen auf Politik und Wirtschaft der Transkei haben wird, ist vorauszusehen. Die Aufstände in den schwarzen Satellitenstädten Soweto und Alexandra und die Streiks zeugen davon, daß es hart auf hart geht. Eine Lockerung des sturen Regierungskurses Pretorias ist jedoch immer noch nicht in Sicht. Vor kurzem hat Premierminister Vorster den von verschiedenen Seiten gemachten Vorschlag eines alle Rassen umfassenden Nationalen Kongresses abgelehnt.

Wenn der Befreiungskampf heute mit Waffen ausgetragen wird, muß man sich in Erinnerung rufen, daß gerade der ANC und PAC bis zum Massaker von Sharpeville 1960 nur mit passivem Widerstand (Demonstrationen, Streiks, Boykotten) gegen die Apartheidpolitik gekämpft haben. Nelson Mandela, Führer des ANC, der nach Sharpeville zusammen mit andern führenden Befreiungskämpfern verhaftet und zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, sagte 1961: «Im Leben einer Nation kommt die Zeit, in der nur einer von zwei Wegen möglich ist: Unterwerfung oder Kampf.» In seiner weltweit bekannt gewordenen Verteidigungsrede vor Gericht 1964 erklärte er, «daß er und andere schwarze Politiker zum Schluß gekommen seien, daß — da Gewalt in diesem Land unvermeidlich sei — es unrealistisch und falsch wäre, wenn die afrikanische politische Avantgarde weiter Frieden und Gewaltlosigkeit predige, während die Regierung friedliche Forderungen mit Terror beantworte.»

Helen Kremos

Die Broschüre «Transkei Unabhängigkeit» 1976, Fr. 2.50, herausgegeben vom Informationsdienst 3. Welt (i3W), Neufeldstr. 9, 3000 Bern 9 bietet exakte, vielseitige Hintergrundinformation zum Verständnis der heutigen Situation: Südafrika — Apartheid — Getrennte Entwicklung — Transkei.

Weiter möchten wir auf die Sonderausgabe des EPD hinweisen (10. Dez. 1976), welche unter dem Titel «Südafrika» die Situation dort zusammenfaßt. In der nächsten Ausgabe der «Neuen Wege» hoffen wir, einen Kommentar dazu von berufener Seite zu bringen. Red. NW.
